

Friedrich Hinterberger, Harald Hutterer, Ines Omann, Elke Pirgmaier, Stefan Giljum,
Andrea Stocker, Andreas Teufel

Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium.

Kurzfassung

1 Einleitung

1.1 Warum wir Wachstum brauchen

Wir leben in einer Wachstumsgesellschaft, die unsere Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und Institutionen prägt. Das Wachstumsparadigma war in der Vergangenheit maßgeblich für die steigende Lebensqualität verantwortlich: Wirtschaftswachstum war die erfolgreiche Antwort auf die soziale Krise des 19. Jahrhunderts und die Beschäftigungskrise der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts, es war auch das Fundament des Wiederaufbaus der Nachkriegszeit.

In vielen politischen Bekenntnissen wird nach wie vor auf hohes Wachstum als Grundvoraussetzung für unsere weitere Entwicklung gesetzt. Auf österreichischer Ebene setzt beispielsweise das von den Sozialpartnern in Auftrag gegebene WIFO-Weißbuch: „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ (Aiginger et al., 2006) auf ein höheres Wachstum, das auf Innovation und Qualifikation beruht, als wichtigsten Hebel zur Steigerung der Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Auf EU-Ebene verständigten sich die Staats- und Regierungschefs in der „Lissabon-Strategie“ darauf, die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (Europäischer Rat von Lissabon, 2000). Siehe dazu den einleitenden Beitrag von Rita Trattnigg in diesem Band.

Aus diesen Bekenntnissen wird klar, dass Wirtschaftswachstum als zentrale Lösung für soziale, wirtschaftliche aber auch gewisse ökologische Herausforderungen angesehen wird. Unter anderem werden folgende Argumente für die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums angeführt:

- Wachstum erhöht den Wohlstand (das verfügbare Einkommen),
- Wachstum erhöht die Beschäftigung und senkt Arbeitslosigkeit,
- Wachstum entschärft Verteilungskonflikte,
- Wachstum ermöglicht Entwicklungshilfezahlungen,
- Wachstum erleichtert die Bedienung von Staatsschulden und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme,
- Wachstum verschafft einen Vorsprung im Systemwettbewerb,
- Wachstum stärkt den Umweltschutz durch technologischen Fortschritt bzw. durch mehr zur Verfügung stehende (finanzielle) Mittel.
- Somit wird Wachstum als geeignet angesehen, unerwünschte Nebeneffekte einer marktwirtschaftlichen Ordnung (Wettbewerbs- und Leistungsdruck, Einkommens- und Vermögenskonzentration etc.) einzudämmen.

Ohne Wachstum könne außerdem nicht gewährleistet werden, dass sich ein Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors oder eine umweltfreundliche Ausrichtung des technischen Fortschritts einstellt. Daher resultiere bei einer Stagnation der Wirtschaft eine Verminderung der Beschäftigung im Ausmaß der jährlichen Produktivitätssteigerung, da aufgrund von

Rationalisierungsinvestitionen die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte ständig geringer wird.

Darüberhinaus wird argumentiert, dass Wachstumsökonomien stabiler und krisenresistenter sind als stationäre Volkswirtschaften, da sich die marktwirtschaftlichen Produktionsanreize reduzieren, wenn Zinssatz und Profitrate sinken.

Aus den genannten Gründen – die keinesfalls als taxative Aufzählung zu verstehen sind – bleibt die Stimulierung des Wirtschaftswachstums das vorrangige Thema von Wissenschaft und Politik, obwohl kaum noch zu bestreiten ist, dass es die ihm zugesprochene Aufgabe als zentraler Problemlöser immer weniger erfüllen kann (Entkoppelung von Wachstum und Wohlstandszuwachs, „Jobless Growth“ etc.)

Außerdem ist das Wachstum der Wirtschaft eng an den Verbrauch (knapper werdender) natürlicher Ressourcen gekoppelt, was wiederum zu vermehrten Abfällen, Emissionen etc. führt, und so insgesamt zu einer Bedrohung für Mensch und Wirtschaft unumkehrbaren Ausmaßes führt (Klimawandel, Artenverlust, Wüstenbildung, aber auch Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, Armut etc.).

Daher sollte über Alternativen zu einem rein auf quantitativem Wachstum aufbauenden Wirtschaftssystem nachgedacht werden, wenn es darum geht, Lösungen für aktuelle und zukünftige Probleme zu erarbeiten. Ein anhaltender Wachstumsrückgang als mögliche Konsequenz nachhaltiger Entwicklung ist bislang jedoch noch zu wenig untersucht worden. Diese Arbeit soll daher dazu beitragen, die Möglichkeiten und Grenzen eines nachhaltigen Wachstums auszuloten.

1.2 Ziel des Projektes

In den Verhandlungen auf EU-Ebene und in Diskussionen zur Umsetzung der erneuerten EU-Nachhaltigkeitsstrategie seit Juni 2006 im Rahmen des dafür eingerichteten Überprüfungsmechanismus zeigt sich, dass nicht hinreichend geklärt ist, in welchem Verhältnis Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung zueinander stehen (siehe Beitrag von Rita Trattning). Davon abgeleitet ergibt sich die Frage, welches Wachstum für eine nachhaltige Entwicklung förderlich ist.

Die Erde kann nur ein beschränktes Ausmaß an Umweltbelastungen aufnehmen, bevor die globalen Ökosysteme „kippen“ (vgl. etwa den Überblick von Jäger et al. 2007). Wirtschaftswachstum gehört zu den wichtigsten „Treibern“ globaler Umweltveränderungen, indem es mit einem steigenden Verbrauch natürlicher Ressourcen verbunden ist und so Emissionen und Abfälle erhöht (siehe etwa den Global Environment Outlook – GEO - des United Nations Environment Programme - www.unep.org). Vor allem die EinwohnerInnen der reichen Industriestaaten verursachen so durch ihren steigenden Konsum globale Umweltprobleme. Neben diesem Nachfrageeffekt (scale effect), der die Umwelt negativ beeinflusst, unterliegt die Entwicklung der Umwelt auch positiven Einflussfaktoren. So können durch Strukturwandel, technischen Fortschritt und Änderung im Faktoreinsatz (z.B. durch eine Reduktion des Materialverbrauchs zugunsten von mehr Einsatz von Arbeit) positive Umweltwirkungen resultieren. Obwohl die Wirtschaft Rohstoffe und Energie immer effizienter nutzt, ist aufgrund des scale effects keine Entlastung der globalen Ökosysteme zu beobachten. Im Gegenteil: der Mensch produziert und konsumiert immer mehr Güter und benötigt dazu immer mehr Energie.

Gegenstand dieses Projektes ist vor diesem Hintergrund die Erörterung der Frage: Unter welchen Bedingungen ist ein anderes Wachstum des Wohlstands für Menschen in den „reichen“ Teilen der Welt akzeptabel, das sich an einer Vereinbarkeit von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung orientiert?

Daraus ergeben sie die folgenden Kernfragen:

- Löst wirtschaftliches Wachstum unsere Probleme (wie Arbeitslosigkeit, steigende Armut, Umweltverbrauch und -verschmutzung) oder verursacht es diese Probleme erst?

- Welche Möglichkeiten gibt es für ein anderes, qualitatives Wachstum?

Ziel des vorliegenden Dokuments ist es, ein Argumentarium anzubieten, d.h. ein Spektrum von Argumenten zu den gestellten Fragen. Dieses Argumentarium stellt verschiedene Positionen dar und gibt damit auch nicht immer eindeutige Antworten.

Die Wahl geeigneter Messkonzepte und -größen ist nicht im Fokus des Inhalts.

Die globale Dimension der Thematik (Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern) soll in diesem Argumentarium nicht vorrangig behandelt werden, findet aber als wesentliche Rahmenbedingung Beachtung.

1.3 Ziel des Projekts

Mit diesem „Argumentarium“ möchten wir interessierten „AnwenderInnen“ in Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft von ExpertInnen „geprüfte“ Argumente in die Hand geben, die hinsichtlich der oben dargestellten Problematik relevant sind. Konkret widmen wir uns dabei folgenden Themen:

Im ersten Schritt (Kapitel 2) geht es um Begriffsbestimmungen und um die Frage, warum Wachstum in der derzeitigen Form problematisch sein kann. Kapitel 3 widmet sich den Triebfedern des Wachstums: was führt zu (wirtschaftlichem) Wachstum. Danach beschreiben wir, welche Faktoren das Wachstum möglicherweise hemmen können (Kapitel 4). Schließlich und gewissermaßen als Synthese aus dem Vorhergehenden geht es darum, welches (andere) Wachstum wir gesellschaftlich brauchen (Kapitel 5).

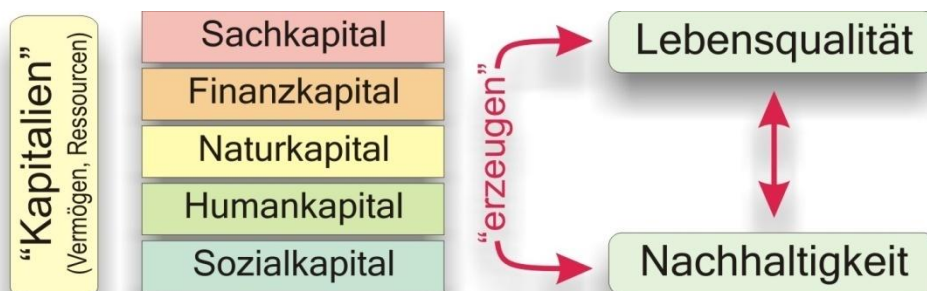
2 Schlussfolgerungen und offene Fragen

Wir fassen im Folgenden unsere Analyse zusammen und ziehen einige Schlussfolgerungen (2.1), bevor wir zuletzt auf einige offen gebliebene Fragen hinweisen möchten.

2.1 Schlussfolgerungen

Die in diesem Papier aufgezeigten Fakten sollen belegen, dass das gegenwärtige Wirtschaftswachstum in Summe nicht zu einer Erhöhung der Lebensqualität führt. Die Vermehrung des Sachkapitals kann zwar zu einer Verbesserung der objektiven Bedingungen beitragen, die subjektive Wahrnehmung durch die Menschen verbessert sich hingegen nicht. In einem Klima von Stress, Leistungs- und Wettbewerbsdruck, Angst um den Arbeitsplatz, mangelnder Verteilungsgerechtigkeit (Erosion des Mittelstands) und Konsumsucht gehen laufend Natur-, Human- und Sozialkapital verloren. Damit sinkt – umfassend betrachtet – auch der Gesamtwohlfund.

Das alles spricht für eine Neuorientierung in Richtung eines qualitativen Wachstums, das sich vermehrt um Aufbau und Pflege von Natur-, Human- und Sozialkapital kümmert und damit die umfassende Verbesserung der Lebensqualität in den Mittelpunkt rückt. Das entspricht den Zielsetzungen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, die damit realpolitisch gegenüber der Lissabon-Strategie aufgewertet würden.



Um einem möglicherweise drohenden (auch qualitativen) Schrumpfungsprozess zu entrinnen, müssen nachhaltige Alternativen zu unbegrenztem Wachstum, die nicht nur auf technologischem Wandel und Effizienzmaßnahmen, sondern auch auf der Veränderung unserer Konsumgewohnheiten fußen, thematisiert werden. Die Entwicklung der Ressourcennutzung hängt vor allem von der Art der Befriedigung unserer Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnung, Kleidung, Mobilität und Freizeit ab. Diese Bedürfnisse können auch umweltverträglich befriedigt werden, ohne dabei auf hohe Lebensqualität verzichten zu müssen. Diese Einsicht haben bereits viele Menschen gewonnen, ein Großteil unserer Gesellschaft muss für einen ressourcen- und umweltschonenden Lebensstil jedoch noch sensibilisiert werden. Kommunikation spielt für eine Veränderung der Konsumgewohnheiten daher eine entscheidende Rolle.

Laut Deutschem Umweltbundesamt (2002) gilt es dabei zu beachten, dass „eine Förderung umweltgerechter Verhaltensweisen an die heute dominierenden Lebensstile anknüpfen [muss]. Pauschale Negativbewertungen des (Massen-)Konsums erweisen sich nicht nur als Hindernis für den Erfolg der Umweltkommunikation und den Fortschritt des Verständigungsprozesses.“ Die unter Umweltgesichtspunkten erforderlichen Umstellungen im Alltagsverhalten müssen so gesehen keineswegs auf eine Verschlechterung der persönlichen Lebenssituation hinauslaufen, sondern können - im Gegenteil - einen Gewinn an Selbstbestimmung und Lebensqualität bedeuten (Umweltbundesamt, 2002).

Technologische Innovationen und die damit verbundenen Erhöhungen der Ressourceneffizienz reichen also nicht aus, um eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs zu erzielen. Vielmehr sind weiterführende Maßnahmen notwendig, die den Wert der Natur wirklich reflektieren. Solange nämlich die negativen Folgen der Umweltnutzung nicht den VerursacherInnen als Kosten angelastet werden, besteht kein hinreichender wirtschaftlicher Anreiz für einen sparsamen Umgang mit unserer Umwelt. Die Besteuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen kann eine Internalisierung der externen Kosten erreichen und verbunden mit einer Reduktion der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit dazu beitragen, den gegenwärtigen Trend der steigenden Arbeitslosigkeit und des zunehmenden Ressourcenverbrauchs umzukehren bzw. einzudämmen. Die Ressourcennutzung kann aber auch durch ein Zertifikatesystem begrenzt werden. Ähnlich dem Emissionshandel für Treibhausgase, könnten mit Hilfe so genannter Materialinputzertifikate Eigentumsrechte für natürliche Ressourcen gehandelt werden, deren Gesamtvolumen auf eine vereinbarte Menge reduziert wird.

Sozial wirkende Maßnahmen für eine Steigerung von Lebensqualität, Well-Being und Glück der Menschen sind flankierend auf jeden Fall notwendig, um die Senkung des Ressourcenverbrauchs sozial verträglich und damit auch gesellschaftlich akzeptierbar zu gestalten. Mit diesem Papier haben wir versucht, einen argumentativen Beitrag dazu zu leisten.

Kommen wir abschließend auf die ursprünglich genannten Gründe für Wirtschaftswachstum zurück, so stellen sich aufgrund unserer Analyse einige der Argumente in einem anderen Licht dar, die wir im Folgenden pointiert zusammen gefasst zur Diskussion stellen:

- *Wachstum erhöht den Wohlstand (verfügbares Einkommen):*
Wenn sich Lebensqualität zunehmend vom monetären Einkommen entkoppelt, wäre weder mit mehr noch mit weniger Wachstum eine Schlechterstellung der Bevölkerung verbunden (vorausgesetzt, alle können ihre (Grund)bedürfnisse befriedigen).
- *Wachstum erhöht die Beschäftigung und senkt Arbeitslosigkeit.*
Da in den letzten Jahren in hochentwickelten Ländern, wie Österreich das Wirtschaftswachstum nicht in der Lage war, die Arbeitslosigkeit zu senken und laut WIFO-Prognose (Aiginger, 2006) auch dazu weiterhin nicht in der Lage sein wird, sollte nicht nur nach Strategien gesucht werden, das Wachstum zu erhöhen. Eine Umverteilung von Arbeit (auch hin zu informellen Arbeitsformen) stellt eine Alternative dar.
- *Wachstum entschärft Verteilungskonflikte.*

Dies ist auch möglich, wenn wohlhabendere Bevölkerungsgruppen aufgrund der zunehmenden Entkopplung von Einkommen und Lebensqualität auf Zuwächse „verzichten“ (was dann ja im Sinne des oben gesagten kein wirklicher Verzicht ist), z.B. wenn gut verdienende Männer sich in ihren Familien engagieren und so Beschäftigungsmöglichkeiten für bisher schlecht bezahlte Arbeitskräfte schaffen.

- *Wachstum ermöglicht Entwicklungshilfeszahlungen.*
Mit diesem Punkt haben wir uns in diesem Papier nicht explizit auseinander gesetzt; ein Zusammenhang ist zumindest für Österreich auch derzeit nicht erkennbar; es gilt aber das zum Thema Steuern und Sozialabgaben gesagte: eine Umorientierung des Steuersystems in Richtung „öko-soziale Fiskalreform“
- *Wachstum erleichtert die Bedienung von Staatsschulden und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.*
Dies ist auch möglich durch eine Umwidmung von Einnahmen des Staates aus Ressourcenverbräuchen bzw. Gewinnen.
- *Wachstum verschafft einen Vorsprung im Systemwettbewerb.*
Wettbewerb wird sich in Zukunft viel stärker in den Bereichen „weicher“ Faktoren, also insbesondere auch des Human- und Sozialkapitals „abspielen“.
- *Wachstum stärkt den Umweltschutz.*
Dieser Zusammenhang ist, wie in diesem Beitrag argumentiert, eher ein negativer: Wachstum konterkariert also (integrierten) Umweltschutz (der im Wesentlichen eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs erfordert).

2.2 Offene Fragen

Die Frage, in wieweit sich Strategien zur Erreichung eines qualitativen Wachstums und damit höherer Lebensqualität auf die Wirtschaft und hier im Besonderen auf einzelne Sektoren auswirken, konnte in diesem Argumentarium nicht im Detail untersucht werden und muss Gegenstand weiterer Forschungsarbeit bleiben. Dazu wäre es notwendig, Szenarien zu entwickeln und zu modellieren, die Optionen aufzeigen, wie ein Weg in Richtung nachhaltiges, qualitatives Wachstum konkret gestaltet werden kann und welche Auswirkungen sich daraus auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ergeben. Es ginge auch darum, das gängige Argument, „immaterieller Konsum“ habe erheblich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, zu überprüfen. Dazu ist zu zeigen, ob bzw. inwieweit dies tatsächlich der Fall ist und unter welchen *Bedingungen* diese negativen Auswirkungen möglicherweise *nicht* auftreten. Diese Fragestellung ist für Konzeptionen einer am Ziel der nachhaltigen Entwicklung orientierten Wirtschaftspolitik von zentraler Bedeutung und ist bisher kaum ausgelotet worden. Zu untersuchen ist außerdem die Frage, ob eine Reduzierung des materiellen Konsums im Einklang mit einer Erhöhung der Lebensqualität stehen kann.

Unser „Argumentarium“ ist somit keineswegs abgeschlossen. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion!

Friedrich Hinterberger, Harald Hutterer, Ines Omann, Elisabeth Freytag (Hg.)

WELCHES WACHSTUM IST NACHHALTIG?

224 Seiten, Format 13 x 18 cm, Euro 17,80 | ISBN 978-3-85476-296-6

Erscheint im April 2009

Kontakt

Friedrich Hinterberger
fritz.hinterberger@seri.at

Rita Trattnigg
rita.trattnigg@lebensministerium.at